

Stand: 2016

Bitte füllen Sie dieses Formblatt sorgfältig in Druckschrift aus und kreuzen Sie Zutreffendes an.

Hinweis: Die Antragstellenden und die in Zeile 7 genannten Personen sind nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch bzw. § 47 Abs. 4 BAföG i. V. m. § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch verpflichtet, alle Tatsachen anzugeben, die für die Sachaufklärung erforderlich sind, und die verlangten Nachweise vorzulegen. Ihre Angaben sind gemäß den Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über den Antrag notwendig. Kommen sie ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, kann die Ausbildungsförderung nach dem BAföG versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch). Weitere Informationen zu den datenschutzrechtlichen Informationsrechten nach Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) sind unter: <https://www.bafög.de/hinweis> zu finden.

Formblatt 7

Förderungsnummer									
Eingangsstempel									

1	Name der/des Auszubildenden	Geburtsname
2	Vorname	Geburtsdatum

3 Antrag der/des Auszubildenden auf Aktualisierung nach § 24 Abs. 3 BAföG

4 Der Antrag auf Aktualisierung kann nur bis zum Ablauf des Bewilligungszeitraums gestellt werden (Ausschlussfrist).
5 Für die Entscheidung über diesen Antrag muss auch die Erklärung auf Formblatt 3 für das vorletzte Kalenderjahr vorliegen.

6 Für den Bewilligungszeitraum von

Monat	Jahr

 bis

Monat	Jahr

 beantrage ich,

dass bei der Anrechnung des Einkommens meines/meiner

7 Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners Vaters Mutter

Die Aktualisierung ist ggf. für jede Person, die Einkommen bezieht, gesondert zu beantragen!

von den Einkommensverhältnissen im Bewilligungszeitraum ausgegangen wird, weil sein/ihr Einkommen im Bewilligungszeitraum voraussichtlich wesentlich geringer sein wird als das im Formblatt 3 erklärte Einkommen.

8 **Mir ist bekannt, dass**

- 9 - **Ausbildungsförderung auf der Grundlage der aktuellen Einkommensverhältnisse unter dem Vorbehalt der Rückforderung geleistet wird,**
- 10 - **ich unverzüglich und unaufgefordert alle Änderungen mitteilen muss,**
- 11 - **ich unverzüglich und unaufgefordert die für die endgültige Feststellung des Einkommens erforderlichen Unterlagen vorlegen muss,**
- 12 - **ich verpflichtet bin, eine sich bei der endgültigen Berechnung ergebende Überzahlung zu erstatten,**
- 13 - **ich nach Bekanntgabe der positiven Entscheidung über einen Antrag auf Aktualisierung - auch bei einer Einkommensverbesserung - nicht mehr verlangen kann, dass das Einkommen aus dem vorletzten Kalenderjahr angerechnet wird.**

14	Ort, Datum
Unterschrift der/des Auszubildenden	

Ort, Datum
Unterschrift der gesetzlichen Vertreterin/des gesetzlichen Vertreters* der/des Auszubildenden

* Nur erforderlich bei Auszubildenden unter 15 Jahren (immer) und bei minderjährigen Auszubildenden über 15 Jahren, die eine höhere Fachschule, Akademie oder Hochschule besuchen oder ein Praktikum absolvieren, das hiermit im Zusammenhang steht.

15 Erklärung der Einkommensbezieherin/des Einkommensbeziehers

16 Gründe für die Einkommensminderung (z. B. Bezug von Arbeitslosengeld, Altersruhegeld, Erwerbsminderungsrente):

17	
18	
19	
20	

21 Um die Einkommensminderung glaubhaft zu machen, füge ich folgende Belege bei (z. B. Rentenbescheid oder Bescheid über Arbeitslosengeld, bei Selbständigen die letzten Umsatzsteuererklärungen in Kopie):

22	
23	
24	
25	

26 Die Einkommensminderung wurde/wird wirksam ab

Monat	Jahr

27 Art der Erwerbstätigkeit

28 erwerbstätig als rentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in (z. B. Arbeiter/in, Angestellte/r) oder in Ausbildung, und zwar seit

Monat	Jahr

29 erwerbstätig als nichtrentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in oder als Person im Ruhestandsalter, die einen Anspruch auf Alterssicherung aus einer renten- oder nichtrentenversicherungspflichtigen Beschäftigung oder Tätigkeit hat (z. B. Beamtin/Beamter oder Beamtin/Beamter im Ruhestand, Altersrentner/in), und zwar seit

Monat	Jahr

30 erwerbstätig als Nichtarbeitnehmer/in (z. B. Selbständige/r) oder auf Antrag von der Versicherungspflicht befreite/r oder auf Antrag wegen geringfügiger Beschäftigung versicherungsfreie/r Arbeitnehmer/in, **B** und zwar seit

Monat	Jahr

31 Personen im Ruhestandsalter, soweit nicht erwerbstätig, und sonstige Nichterwerbstätige und zwar seit

Monat	Jahr

B Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

Zeile		Name, Vorname der/des Auszubildenden		Name, Vorname der/des Erklärenden	
32	Die Jahreseinkommen, die der Berechnung des Einkommens im Bewilligungszeitraum zugrunde zu legen sind, werden sich voraussichtlich wie folgt zusammensetzen (künftige Erhöhungen wie z. B. Tarifierhöhungen bitte berücksichtigen):				
33	Ich habe Einnahmen im Sinne der Zeilen 36 bis 46, 51 bis 58 <input checked="" type="checkbox"/> B		1. Jahr		2. Jahr
34	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, und zwar:		01.01. bis 31.12.20		01.01. bis 31.12.20
35	Einkünfte bis zum Zeitpunkt der Antragstellung:		in vollen Euro (Jahressummen)		in vollen Euro (Jahressummen)
36	positive Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft		Euro		Euro
37	positive Einkünfte aus Gewerbebetrieb		Euro		Euro
38	positive Einkünfte aus selbständiger Arbeit		Euro		Euro
39	positive Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit einschl. Versorgungsbezügen, Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld - auch Abfindungen und Einnahmen aus Mini-Jobs		Euro		Euro
40	Einnahmen, die gemäß Auslandstätigkeitserlass nicht versteuert werden		Euro		Euro
41	positive Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung		Euro		Euro
42	Brutto-Einkünfte aus Kapitalvermögen (z. B. Sparzinsen)		Euro		Euro
43	Sonstige Einkünfte (ohne Rentenanteile)		Euro		Euro
44	Brutto-Renten aus gesetzlichen und/oder		Euro		Euro
45	privaten Rentenversicherungen		Euro		Euro
46	Unfallrenten		Euro		Euro
47	voraussichtl. Lohn-/Einkommensteuer		Euro		Euro
48	Kirchensteuer		Euro		Euro
49	Solidaritätszuschlag		Euro		Euro
50	Gewerbesteuer		Euro		Euro
51	Arbeitslosengeld/Unterhaltsgeld		Euro		Euro
52	Krankengeld (netto)		Euro		Euro
53	Insolvenzgeld		Euro		Euro
54	Übergangsgeld		Euro		Euro
55	Kurzarbeitergeld		Euro		Euro
56	Aufstockungsbeträge nach dem Altersteilzeitgesetz bzw. vergleichbare Leistungen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder Betriebsrenten		Euro		Euro
57	weitere Einnahmen nach der BAföG-Einkommensverordnung (abgedruckt in den Erläuterungen zu Formblatt 7), und zwar		Euro		Euro
58			Euro		Euro
59	geförderte Altersvorsorgebeiträge nach § 82 EStG (Beiträge zur "Riester-Rente") <input checked="" type="checkbox"/> B		Euro		Euro
60	Kinderbetreuungskosten nach § 10 Abs. 1 Nr. 5 EStG <input checked="" type="checkbox"/> B		Euro		Euro
61	Mir ist bekannt,				
62	- dass ich verpflichtet bin, jede Änderung meiner Einkommensverhältnisse, über die ich Erklärungen abgegeben habe (Zeile 36 bis 60), unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung schriftlich mitzuteilen (z. B. Tarifänderung, Sonderzahlungen, Abfindungen nach Kündigung, Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nach Arbeitslosigkeit etc.);				
63	- dass ich verpflichtet bin, die für die endgültige Feststellung des Einkommens im Bewilligungszeitraum erforderlichen Unterlagen (insbesondere Steuer- und Rentenbescheide und Leistungsbezugsbescheinigungen) unverzüglich und unaufgefordert dem Amt für Ausbildungsförderung vorzulegen;				
64	- dass falsche oder unvollständige Angaben, das Unterlassen von Änderungsanzeigen sowie die nicht unverzügliche und unaufgeforderte Vorlage der für die endgültige Feststellung des Einkommens erforderlichen Unterlagen (insbesondere Steuer- und Rentenbescheide und Leistungsbezugsbescheinigungen) strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können;				
65	- dass ich verpflichtet bin, Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche Angaben oder durch Unterlassung einer Änderungsanzeige geleistet wurden und dass die Leistungen aus öffentlichen Kassen, die zu Unrecht gezahlt wurden, zu verzinsen sind;				
66	- dass meine Angaben in dieser Erklärung beim zuständigen Sozialleistungsträger, beim Finanzamt und bei meinem Arbeitgeber durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 Abgabenordnung (AO) beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können, wenn die Voraussetzungen vorliegen.				
67	Ich versichere, dass ich die Angaben nach bestem Wissen richtig und vollständig gemacht habe und dass im amtlichen Formblatt keine Änderungen vorgenommen wurden.				
68	Ort, Datum		Unterschrift der/des erklärenden Einkommensbezieherin/s		

B Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.